

# Vossische



# Zeitung

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint alle Morgen und Abendblatt zwölftmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt "Unterhaltungsblatt", "Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag Die illustrierte Beilage "Zeitheld" und "Literarische Umschau" — Mittwoch: "Reise und Wanderung" — Donnerstag: "Recht und Leben"

Wochensatz 11.- Mark monatlich 430 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung Anzeigenpreise: 50 Zeilen: 35 Pfennig Familien-Anzeigen nach Zeile 20 Pfennig Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Frieberg, Verlagsredakteur: Anton Handstein, Carl Michael Berlin, Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 9000-3065, für das Fernverkehrsamt: Postfach 1000, Berlin 100. Adresse: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheckkonto Berlin 660.

## Fünzig Jahre Sperrfrist

### Verlängerter Urheberrecht

Der Reichsjustizminister hat gestern in einer Konferenz mit Vertretern der Akademie der Künste und den Urheberverbänden in Aussicht gestellt, daß die heute 30 Jahre nach dem Tode befristete Urheberrecht durch Gesetz verlängert werden soll.

Dem Minister schwebt hierbei, wie er erklärte, das englische System vor. Dieses ist in dem englischen Urhebergesetz von 1911 in folgender Weise bestimmt: Die Dauer des Urheberrechtes be-

trägt nach Artikel 3 fünfzig Jahre nach dem Tode des Autors. Dieses Recht wird jedoch dadurch eingeschränkt, daß nach dem Ablauf von 25 Jahren nach dem Tode des Verfassers eine Zwanzigjahrfrist befristet.

Es kann nämlich jeder das Werk nachdrucken, vorausgesetzt, daß er dem Urheberberechtigten rechtzeitig schriftlich davon Mitteilung macht, und daß er ihm eine Entschädigung von 10 s. des Preises von jedem verkauften Exemplar des Werkes bezahlt. Diefem System soll das neue deutsche Gesetz nachgebildet werden. Dieses Vorlage allerdings erst im nächsten Jahre zu erwarten ist.

## Empörung über Snowden

### Brager Stimmungen

Bericht für die „Vossische Zeitung“

Prag, im Januar

In Prag streiten, seitdem die Ergebnisse der sozialistischen Wahlen vorliegen, Parteien und Blätter je nach ihrer Einstellung zur „Dinge“ miteinander, und die Tagespolitik im Sozialismus wird oft nicht abgehandelt.

Auf Grund der sozialistischen Verhandlungen hat die Tagespolitik zu folgenden:

1. Die Forderung, daß jeder durch 37 Jahre eine Annuität von 10 Mill. Gehalt (600 Mill. Kronen).
2. Die Forderung, daß jeder durch 50 Jahre eine Annuität von 10 Mill. Gehalt (180 Mill. Kronen).
3. Die Forderung, daß jeder durch 60 Jahre eine Annuität von 20 Mill. Kronen.

Die 5 Prozent Kapitalisten, entsprechen die drei Annuitäten einem Gegenwert von fast zwei Milliarden Kronen. Man kann wohl sagen, daß diese Zahlen keinen besonderen Anlaß zum Jammer geben können. Finanzminister Dr. Englich hat dem auch erklärt, daß für die ersten Zahlungen die Wirtschaft des Reiches nicht ausreichen werden, so daß man das Budget nicht weiter belasten müsse.

Der Schmeißer, den die im vorigen Jahrgang veröffentlichten, wird man je bald verzeihen haben, nicht je bald aber die Art, wie Snowden, nach den einflussreichen Berichten der sozialistischen Blätter, im Sozialismus der kleinen Entente umgegriffen sein soll. Als die kleine Entente für die Unterzeichnung des Schlußprotokolls verschiedene Bedingungen verlangte, hat Snowden nach dem „Journal“ erklärt haben: „Es wäre durchaus unmöglich, den Reuten nur aus dem Grunde“

Geld zu geben, weil sie es mit großem Aufwande verlangen. Die Leute haben einfach ohne Vorbehalt zu versichert.“

In Verantwortung einer Rede Deneff soll Snowden die schriftliche Rede gehalten haben, die niemals aus seinem Munde kam. Er habe die Rede der kleinen Entente bei der Durchsicht der Redaktionen mit der eines Sozialisten verglichen. Der Sozialist habe ihn gerügt habe und sie ihm nur gegen Vorbehalt zurückgeben will. — Bei einer anderen Gelegenheit, als die kleine Entente mit Ungarn nicht ins Kommen konnte, habe Snowden erklärt: „Man möchte die Vertreter der sozialistischen Kleinparteien in ein Zimmer einladen und ihnen zeigen zu sehen, daß sie zu trinken gehabt.“ Dann werden sie sich bestimmt sehr freuen.“

Als Deneff der britischen Schöpfungler an das Wort stand, sagte er über die Tätigkeit der sozialistischen Blätter in Österreich: „Mir werden ihnen das nie verzeihen!“ habe Snowden erklärt geantwortet: „Ich bin nicht Deneff.“

Die sozialistische Presse macht aus in der internationalen Weltfront gegen Snowden, selbst die sozialistischen Blätter sagen es nicht, den Sozialisten Snowden zu denken. Ein Ionio so maßloses Blatt, wie die „Dobro Stenok“, schreibt: Ein Politiker müßte manches über sich ergehen lassen, aber der Sozialist Snowden sei für einen Kontinentaler nicht so hart gewesen. Man müßte sich fragen, ob die Ausbilder und Führer aus dem Londoner Slams jenseits des Ozeans, das der Sozialist Snowden in den diplomatischen Kreise einfließen wolle. Die „Londoner Slams“ schreiben Snowden hat sich gegen einen sozialistischen Minister geäußert. Er bezieht Stenok, indem er sie mit Zandgenossen vergleicht. Unsere Sozialisten erhalten eine traurige Session von ihren englischen Genossen. Wir haben aber die Erfahrung: Deneffs überlebt, wir werden aus deren wie Snowden überleben.

W. Neumann.

## Heimwehr auf dem Rückzug vor den Bauern

Wien, 25. Januar 1 Heimwehr-Nachrichtendienst

Die Heimwehr hat vor dem Bauern den Rückzug angetreten und seinen Offizieren, dem Minister des Innern, Schum, der Kraftvolle aus ihren Reihen ausgeschieden wurde, für widerangekommen erklärt. In der Verhandlung der künftigen Bundesregierung der Heimwehr heißt es, daß das Ausfall der Heimwehr in formaler Beziehung nicht sei, und nicht genügend befriedigend befriedigend ausgefallen ist. Dann heißt man doch unter das Bergange ein künftiger Schritt geht und alle Energie auf ein wirkungsvolles Zusammenarbeiten in der Zukunft gerichtet werden soll. Die Vorfälle der letzten Zeit werden von beiden Seiten bedauert.

Von Minister Schum liegt hierzu noch keine Erklärung vor. Vor allem weiß jeder Mann, daß mit der Veröffentlichung von formaler Beziehung nicht sei, und nicht genügend befriedigend befriedigend gemeint war, indem der Minister des Innern insbesondere die Beziehungen zum Sozialismus gemeint hat.

Schum hatte noch keinen Austausch der Heimwehr gesagt, man habe von ihm verlangt, mit illegalen Mitteln vorzugehen. Die oberste Leitung der Heimwehr geht aber, welche die Heimwehr mit erster Sorge erfüllt. Der Bauern werden eine Minister der Reaktion ebenso wie der linken entgegenzehen.

Ein führender sozialistisches Blatt weist heute den Bundeskanzler Schöber, der nach Rom geht, vor einer italienischen Orientierung der österreichischen Außenpolitik, weil nicht verzeihen werden kann, daß ein nationales Gut, das den Landeswohlstand sichert, nicht an den Reichsteilnehmer verkauft werden.

### Eritt Saleffi juristisch

Warschau, 25. Januar 1 Heimwehr-Nachrichtendienst

Deshalb der polnische Außenminister Saleffi gestern angekündigt hatte, daß er im Fall der Abtragung eines Dispositionsfonds und seines Propagandafonds durch den Sejm persönlich die Konsequenzen würde, sind heute vormittag die Abtragungsanträge zum Sejm-Schlußausgang mit großer Mehrheit angenommen worden. Saleffi hat demnach die Sejm-Sitzung demontieren lassen.

Es ist ein ernstes Mißtrauensverhältnis entstanden, dürfte er zunächst noch einmal mit dem Kabinett und schließlich mit der Öffentlichkeit in Verbindung stehen, die zweifelslos sehr unzufrieden ist in dem gegenwärtigen Standbild für unzulänglich befunden erklärt werden.

## Unfruchtbarer Pessimismus

von Georg Bernhardt

Das Bündnismonopol, das augenblicklich im Reichstag beraten wird, hängt, wie wohl noch niemand ist, auf engem mit der Ansicht von 500 Millionen zusammen, die für die deutsche Bündnispolitik nach Kriegens dem Deutschen Reich gegeben will. Wenn dieses Monopol im allgemeinen und gegen die vom Reichsfinanzminister vorgelegten geistlichen Bestimmungen im einzelnen lassen sich eine große Reihe von Bedenken vorbringen. Begehrlicherweise sind aber der Stellungnahme des Reichstages dadurch verhältnismäßig entgegen gegeben, daß man den Monopol verweigert, wenn man den Vertretern der Ansicht verweigert, mit. Es freut sich eben, ob man den Genug einer Auslandsanleihe von 125 Millionen Dollar hoch veranschlagt, um das Opfer des Monopols und seiner zum großen Teil mit den schwedischen Interessenten vereinbarten Bestimmungen in Kauf zu nehmen. Je nach dem, wie man die Dringlichkeit einer solchen Anleihe für die Befreiung der deutschen Kassenlage einschätzt, wird man über die Notwendigkeit des Monopols denken. Im Hauptausgang des Reichstages ist nun das Zentrum politisch, daß ein Vertreter der Deutschnationalen Fraktion, die natürlich dem Monopolgegensatz Opposition macht, erklärte, die Kassenlage des Reiches mache doch jetzt eigentlich die Freigabe-Anleihe gar nicht mehr so notwendig. Das ist ein Wunder zu nennen, denn es ist kaum Todben, daß man in allen deutschnationalen Zeitungsartikeln und Reichstagsreden diese selbe Auffassung als „Antropologie“ bezeichnen hörte. Und das Wunder, das sich bei den Deutschnationalen ereignen wird, ist nicht um so größer, als sogar von den Sozialisten der Young-Plan in diesem Zusammenhang gesprochen worden ist, obwohl sie jetzt die Entschärfung, wenn nicht völlig gelungen, so doch begünstigt worden sind. Es liegt uns fern, den Vorwurf mangelnder Gültigkeit gegen die Deutschnationalen erheben zu wollen. Diese Wandlung (an deren Dauer wir nicht einmal glauben) beweist eben, wie relativ in der Politik, und überhaupt im Leben Beurteilbarkeit sind. Es kommt eben darauf an, in welcher Beleuchtung man sie Dinge sieht und in welcher Seelenstimmung man sie betrachtet. Wobenhauer trauft aufeinander ein anderes Licht aus als Hilferding. Und man weiß aus den Lehren der Psychotherapie je zur Genüge, daß rotes Licht nicht nur auf Deutschnationalen von besonders erregender Wirkung ist.

Es wäre sehr schön, wenn man glauben könnte, die endgültige Annahme des Young-Plans werde dazu beitragen, ganz allgemein den Pessimismus, der bisher auf dem deutschen Volk ruhte, etwas zurückzudrängen. Der Kampf um die Reparationen, von dem wir oben sprachen, ist in der Tat bis zum Young-Plan, das das deutsche Volk nicht nur endlich viel Strebenwilligkeit, sondern auch viele viele Millionen gekostet. Es ist begreiflich, daß selbst viele von denjenigen, denen der Kampf um die Reparationen nicht ein willkommenes Mittel zur Entseftung der innerpolitischen Verhältnisse vor zu glauben, die jeweilige Regierung in ihrer auf sinnliche Reparationsleistungen gerichteten Außenpolitik am besten dadurch zu unterstützen, was die Lage Deutschlands und die Forderungen der Gläubiger möglichst pessimistisch beurteilt. Man meinte, mit solcher Oppositionshaltung die Verantwortlichkeit draußen am besten in Ordnung zu halten. Für die Verhandlungen deutscher Vertreter am großen Tisch im abgeklärten Raum ist solche Methode, wenn sie nicht allzu höher Wertes, höher recht brauchbar, aber jedoch unannehmlich. Denn man hat die ganze Verhandlungsmöglichkeit zum Ausdruck dieser Zeit bis heute und namentlich, wenn sie über Jahre hinaus abhandelt wird, ergeben sich Folgen, die mit der beabsichtigten Auslandswirkung nichts mehr zu tun haben. Es wäre so lohn, wenn die Fortschrittler der modernen Technik aus schon die Verbindung eines Apparats gebracht hätten, durch den es möglich wäre, Propagandabereit zu tun halten, daß sie nur über solche angenommen werden, was die ganze Welt verändert. Bis er ein zukünftiger Robotersträger bis heute mit einer solchen Erfindung besetzt haben wird, was damit verbunden werden, daß der fürs Ausland fabrizierte Pessimismus auch im Inland wirkt.

Mit der Propaganda in Reparationsfragen hat man ganz ähnliche Erfahrungen gemacht, wie früher schon mit der Kriegspropaganda: im Ausland, auf das man zielt, und